

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1870

17.7.1870 (No. 167)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 17. Juli.

N. 167.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrich-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1870.

Telegramme.

† München, 15. Juli. *) In der Sitzung der Abgeordneten kammer wurde die allgemeine Diskussion über das Militärbudget geschlossen. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde die Beratung abgebrochen und die Spezialdebatte bis zum Montag vertagt.

† München, 15. Juli, Nachm. Der König hat auf den (wie wir hören einstimmigen) Vorschlag des Ministeriums den casus foederis für gegeben erachtet und die gestern angeordnete Mobilisirung genehmigt.

† Koblenz, 14. Juli. *) Se. Maj. der König besuchte heute das Konzert in den Rheinanlagen und wurde enthusiastisch empfangen. Bei der Abfahrt fand Aufwartung des Kriegervereins mit Musikchor und Fahne statt. Der König erwiderte die betreffende Ansprache mit den Worten: „Kameraden, ich freue mich sehr über die Mir dargebrachte Ueberraschung.“

† Dresden, 15. Juli. *) Der König von Sachsen hat seine Rundreise durch das Land in Folge der neuesten politischen Nachrichten abgebrochen und ist heute Mittag nach Pillnitz zurückgekehrt.

† Dresden, 16. Juli. Mit Rücksicht auf die Dringlichkeitsverhältnisse ist der Reichstag bereits zum Dienstag 19. Juli einberufen.

† Berlin, 15. Juli, Nachm. *) Die Eröffnung des Reichstags ist auf den 21. d. M. festgesetzt, doch wird es als wünschenswerth betrachtet, daß alle Mitglieder, welche können, sich eher einstellen, damit die Berathung der Vorlagen in den Fraktionen stattfinden kann.

† Berlin, 15. Juli, Abds. Se. Maj. der König ist um 9 1/2 Uhr im kgl. Palais eingetroffen. Derselbe wurde mit unbefriedigtem Enthusiasmus empfangen. Ueber hunderttausend Menschen hatten sich zwischen dem Bahnhof, dem Brandenburger Thor und dem kgl. Palais angesammelt. Dieselben begrüßten den König durch Hochrufen und Gesang der Nationalhymne. Unter den Linde war Illuminirt, und waren norddeutsche, sowie preussische Fahnen aufgestellt. Der König erschien wiederholt am Fenster und grüßte die Menge dankend. Die Stimmung ist eine äußerst gehobene und dankbare.

Von der Bremer und Stettiner Kaufmannschaft sind Adressen an den König eingelaufen, welche die vollste Oxyerwilligkeit betonen, einer energischen Wahrung der Nationalhymne zustimmen.

† London, 15. Juli. Die Morgenblätter aller Parteien sprechen sich entschieden günstig für Preußen aus; sie verdammen das herausfordernde, insultirende Benehmen der französischen Regierung, und messen letzterer allein die Schuld der drohenden Kriegsgefahr bei.

Deutschland.

Karlsruhe, 16. Juli. Der heute erschienene „Staatsanzeiger“ Nr. 18 enthält eine Verordnung: die Mobilmachung der groß. badischen Division betreffend.

Stuttgart, 15. Juli. *) Der „Staats-Anzeiger“ schreibt in seinem nichtamtlichen Heile: „Am den vielen unbegründeten Gerüchten über die politische Lage und die Haltung der Regierung und der durch dieselben verursachten Beunruhigungen zu begegnen, sind wir veranlaßt, zu erklären, daß die Regierung bisher nicht in der Lage war, entscheidende Beschlüsse zu fassen, daß aber, sobald die Verhältnisse es erheischen, nach der heute unter den Ministern festgestellten Absicht, die möglichst baldige Einberufung der Stände eingeleitet werden wird, welchen die erforderlichen Mittelstellungen vollständig und rechtzeitig gemacht werden sollen. Bis dahin dürfen wir zu dem gesunden Sinn des Volks vertrauen, daß es sich nicht durch unwürdige Nachrichten mit voreiligen Besorgnissen erfüllen und in seinem ruhigen Urtheil beirren lasse.“

Stuttgart, 15. Juli. Unterem 12. d. ist der „Köln. Ztg.“ von hier geschrieben worden:

„Gestern war Ministerrath. Man beschloß, falls es Krieg gibt, gleich die Stände einzuberufen. Verweigern sie die Mittel zur deutschen Heeresfolge, so ist man entschlossen, die sechs Millionen Gulden, die in den Staatskassen baar vorhanden sind, auch ohne Genehmigung zu verwenden. Man fürchtet, der Plan der französischen Regierung sei eine militärische Ueberrumpfung.“

Der „Staatsanzeiger“ erklärt heute diese Mittheilung für unwahr.

München, 14. Juli. Die Erklärung des Ministerpräsidenten Grafen Bray in der Sitzung der Abgeordneten-kammer am 13. ds. ging näher dahin:

„Er habe neulich gesagt: die zentrale Lage Bayerns im Herzen von Europa sei eine Garantie seiner Sicherheit und Unangreifbarkeit. Der Referent habe diesen Satz ausgegriffen und für seine Zwecke benützt;“

*) Aus einem gestern (14. d.) Nachmittags ausgegebenen Extrablatt wiederholt.

er (Kedner) halte an demselben fest, knüpfte aber daran die Forderung, daß eben diese zentrale Lage für Bayern die Unmöglichkeit bedinge, sich von einem europäischen Konflikt fern zu halten. Eben deshalb sei für Bayern eine gute und starke Armeeorganisation absolut nothwendig. Ihm, Kedner, gelte die Qualität der Truppen mehr als die Zahl, und lieber wolle er ein kleines, aber gutes Heer, als eine große, schlecht geübte Armee haben; der Referent dagegen lege das Hauptgewicht auf die Zahl und schlage die Qualität weniger hoch an. Wenn derselbe sich auf die Schweiz und England berufe, so sei zu entgegnen, daß das Beispiel der Schweiz, die durch ihre eigenthümliche Lage eine Art Bergfestung sei, und also durch minder geübte Truppen wohl auch verteidigt werden könne, auf Bayern nicht passe; was aber England betreffe, so habe dasselbe seit Jahrhunderten eben auch ein stehendes Heer — wenn auch ein geworbenes — das sich, wo es in Aktion getreten, rühmlich bewährt habe. Kedner verliest eine Stelle aus einem in diesem Jahr erschienenen französischen Werk, welches nach den in den französischen Archiven befindlichen Aktenstücken eine Beleuchtung der Leistungen der Freiwilligen gibt, welche zur Zeit der ersten Republik aufgebieten wurden. Der Verfasser sagt: daß deren Verdienste weit über Gebühr übertrieben worden seien, und kommt zu dem Schluß, daß ein wohlgeübtes stehendes Heer die beste Schutzwehr gegen Angriffe von außen sei. An diesen Satz anknüpfend, fährt Graf Bray fort: Man müsse einen tüchtigen Kern haben; an diesen könne sich in Zeiten der Gefahr die Masse der rasch Aufgebotenen mit Erfolg anschließen; nimmermehr aber würde diese Masse für sich allein etwas Erledliches leisten. Er weist schließlich auf den Ernst des gegenwärtigen Moments hin, wo die Verhandlungen noch im Gang seien, welche über Krieg und Frieden zu entscheiden haben; da wäre es doch jedenfalls höchst unpassend, zu einer Aenderung der Heeresorganisation zu schreiten, welche sich ja nicht mit einem Schlag vollziehen lasse, sondern Bayern in die Gefahr brächte, im Fall der Noth ein bruchbares Heer überhaupt nicht zu haben.

Em, 15. Juli. (Köln. Ztg.) König Wilhelm, dessen Absicht es war, seinen hiesigen Aufenthalt erst am 20. d. zu beenden, hat, weil Graf v. Bismarck durch Unwohlsein abgehalten war, hieher zu kommen, heute früh 8 Uhr mittels Extrazuges die Rückreise nach Berlin angetreten. Den getroffenen Dispositionen gemäß wird Se. Maj. sich zu Kassel eine Stunde aufhalten und in Magdeburg mit dem Ministerpräsidenten Grafen v. Bismarck zusammentreffen. Bei der heutigen Abreise gab ein begeistertes Hochrufen der um das Kuriaus versammelten Menge dem scheidenden König das Geleit. Hier verabschiedete sich derselbe mit den Worten: „Hoffentlich auf Wiedersehen!“ Diese Hoffnung wird von ganz Em getheilt, denn König Wilhelm hat hier alle Herzen gewonnen. Charakteristisch ist eine hier bekannt gemordene Aeußerung desselben. Se. Maj. sagte: „Gott ist mein Zeuge, daß ich den Krieg nicht will; wenn ich aber dazu sollte gezwungen werden, dann werde ich die Ehre Deutschlands wahren bis zum letzten Manne.“ Beachtenswerth ist die Stimmung der hier weilenden Franzosen, die sich dahin aussprechen, daß sie die so bel motivirte (um nicht zu sagen: nichtswürdige) Kriegslust ihrer Hof- und Regierungskreise durchaus mißbilligen. — Die zur Kur hieselbst anwesenden Prinzen Albrecht und Georg von Preußen bleiben noch hier.

Kassel, 15. Juli, 12 1/2 Uhr Mittags. Der König ist so eben hier eingetroffen und von den Behörden und der Bevölkerung mit Begeisterung empfangen worden. Der König sprach seine Freude darüber aus, daß die neue Provinzialhauptstadt ihm so patriotische Gefinnungen entgegenbringe, und setzte die Reise unter tausendstimmigen Hochrufen fort.

Hannover, 15. Juli. In Folge der Kriegserklärung Frankreichs ungeheurer Enthusiasmus. Das deutsche Vaterlandslied wird überall gespielt und gesungen.

Berlin, 15. Juli. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Mit freudigem Stolz können wir heute den Herren Franzosen sagen, daß in der politischen Presse der preussischen Hauptstadt kein einziges Blatt ist, welches nicht mit einstimmiger in den Schrei der Entrüstung, der durch das Land geht, seitdem man erfahren, wie in der Person des greisen Königs die Nation durch den französischen Uebermuth so tief beleidigt worden.“

Die „Köln. Ztg.“ sagt ähnlich: „Der unerhörten französischen Anmaßung gegenüber haben in Köln und in der Rheinprovinz alle Parteien aufgehört. Die Organe der katholischen und der demokratischen Partei wetteifern mit der konstitutionellen, um den Krieg, den der französische Kaiser unter den frivolsten Vorwänden nach Deutschland tragen will, zu brandmarken.“

Beide Blätter beweisen ihre Behauptung durch Duzende von Citaten aus Blättern aller Parteienrichtungen. Man kann noch ein gut Stück weiter gehen und sagen, daß das Gegenheil in der gesammten deutschen Presse nur spärlich vorkommt, und es muß öffentlich anerkannt werden, daß namentlich auch die literarischen Blätter meist eine entschieden deutsch-nationale Haltung bekunden. Die wenigen mehr oder weniger noch dissentirenden Parteiorgane werden hoffentlich ebenfalls bald einlenken und dem auswärtigen

Feind gegenüber den Streit über innere Fragen ruhen lassen.

Berlin, 15. Juni. Die Rückkehr des Königs von Em wird heute Abend nach 8 Uhr erwartet, wobei noch ungewiß ist, ob er sich nach Babelsberg begibt oder ob er hierher nach Berlin kommt. Sollte das letztere der Fall sein, so steht ihm hier von Seiten des Volkes ein glänzender Empfang bevor. Schon an den letzten Abenden hatten sich in Folge des irrthümlichen Gerüchts von seiner Rückkehr zahlreiche Volksmassen unter den Linden, namentlich vor dem königl. Palais versammelt, um den König zu erwarten und der Begeisterung Ausdruck zu geben, die sein Verhalten der Anmaßung Frankreichs gegenüber in allen Herzen erzeugt hat. Diese Begeisterung zeigt sich in der Masse des Volkes nicht weniger als in den höhern Schichten der Gesellschaft. Graf Bismarck wird dem König mit einem Extrazug entgegenfahren. Die Königin wird am 25. von Koblenz hierher zurückkehren.

Der Bundesrath wird hier morgen zusammentreten, um wegen der Einberufung des Reichstags bestimmte Beschlüsse zu fassen.

Unter den weiteren Entscheidungen, die nach der Rückkehr des Königs werden getroffen werden, steht in erster Reihe die Mobilmachung der norddeutschen Armee. Man hat früher damit gezögert, weil man noch immer geglaubt hat, daß die Vermittlung der Mächte, die sehr für die Erhaltung des Friedens thätig sind, Erfolg haben werde. Das scheint jedoch nicht der Fall zu sein. In allen militärischen Kreisen ist man hier übrigens überzeugt, daß Frankreich über die militärische Lage Norddeutschlands und Deutschlands überhaupt in einem sehr starken Irrthum begriffen ist.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 13. Juli. Was Oesterreich betrifft, so behaupten die Oeffiziers, die Regierung sei zu frükster Neutralität entschlossen und werde, so lange nicht etwa von russischer Seite bedrohliche Bewegungen ausgehen, nicht einmal eine militärische Auffstellung unternehmen.

Wien, 14. Juli. (Unterhaus-Sitzung.) Auf die Interpellationen Gahs und Horn's in Angelegenheit des französisch-spanischen Konfliktes antwortete Graf Andrassy: „Die Lage ist ernst, doch ist Hoffnung auf Erhaltung des Friedens vorhanden, und wenn der Frieden erhalten wird, gebührt das Verdienst zum Theile dem konsequenten und zweckmäßigen Vorgehen des gemeinsamen Ministers des Aeußern nur im Interesse des Friedens und im vollen Einverständnis beider Regierungen. Dieses Interesse wird auch in Zukunft alle Schritte leiten.“ Horn erklärt sich durch die Antwort nicht befriedigt; diese wird jedoch zur Kenntniß genommen.

Schweiz.

Bern, 15. Juli. (Bund.) Angesichts der ersten Wendung, welche in letzter Zeit der Konflikt zwischen Frankreich und Preußen genommen hat, sind vom Bundesrath folgende Schlußnahmen gefaßt worden: Der Bundesversammlung wird eine Vorlage betreffend die politische Lage mit Begehren um Vollmachten zur Aufrechthaltung der Neutralität der Schweiz und der Integrität ihres Gebietes auf die nächsten Tage angekündigt. An die Gesandtschaften in Berlin und Paris ergeht die vorläufige Mittheilung, daß es Absicht des Bundesrathes sei, im Falle eines Krieges die schweizerische Neutralität mit allem Nachdruck zu wahren, wovon sie den beiden Regierungen Kenntniß zu geben haben. Das politische Departement hat die Vorlagen für die Bundesversammlung beförderlichst vorzubereiten und dergleichen den Entwurf einer Kundgebung an die Mächte einzubringen. Das Militärdepartement ist beauftragt, mit den angemessenen Vorbereitungen für eine allfällig nothwendige Truppenaufstellung sich ernstlich zu beschäftigen und dem Bundesrath die erforderlichen Anträge hiefür, wie Vorschläge für die Wahl eines Generals und eines Chefs des Generalstabs vorzulegen. Vom Finanzdepartement ist die Beschaffung der erforderlichen Geldmittel in's Auge zu fassen und darauf Bedacht zu nehmen, daß hinlängliches Rohmaterial für die Pulverfabrikation u. rechtzeitig zur Stelle sei. Den Eisenbahn-Verwaltungen endlich wird angezeigt, daß der Bundesrath je nach Umständen bald in den Fall kommen dürfte, über ihr Material zum Transport einer ansehnlichen Truppenzahl zu verfügen, worauf sie sich einrichten mögen.

Italien.

Rom. Authentisches über den Modus der bereits vollzogenen Abstimmung über das Unfehlbarkeits-schemata bringt das Stuttgarter „Deutsche Volksblatt“ in einer mit h bezeichneten römischen Korrespondenz aus der Feder des Nottenburger Bischofs Dr. Hefele. Derselbe schreibt:

Montag, den 11. Juli, wird in der Generalkongregation über die 96 proponirten Entendationen zu Kapitel 4 des Schemata de infallibilitate abgestimmt werden, und zwar einfach durch Aufstehen und

Eigenbleiben. Nach dem Ausfall dieser Abstimmung wird das Schema nochmals reformirt und in neuem Druck der Generalkongregation vorgelegt. Es mag dies am Donnerstag den 14. d. M. geschehen. In dieser Generalkongregation erfolgt dann die Einzelabstimmung über das ganze Schema mit Placet oder Non placet oder Placet juxta modum. Werden von den Botanik letzterer Kategorie noch modi vorgeschlagen, welche eine Abänderung des Schema's — nach dem Urtheil der Deputatio de sede — nöthig machen, so erfolgt abermalige Umgestaltung des Schema's [nach einer so eben aus Rom kommenden Depesche hat der Paps wirklich eine Abänderung des Schema's verlangt], wo nicht, unmittelbare Vorlage desselben in der nächsten öffentlichen Sitzung, die, wie man glaubt, am Sonntag den 17. d. M. oder einem der nächstfolgenden Tage stattfinden wird.

Rom, 13. Juli. Man meldet der „Corresp. Havas“: Das Konzil hat heute das Ensemble der Konstitution über das Primat und die Unfehlbarkeit angenommen. 601 Väter waren zugegen. Viele von ihnen, die auf Urlaub waren, sind in aller Eile von der Kurie zurückgerufen worden, damit die numerische Bedeutung der Oppositionsstimmen weniger groß erscheine. Die Versammlung hatte überhaupt ein sehr unruhiges Aussehen; auf den meisten Bänken ward eine halbblaue Unterhaltung gepflogen. Im großen Schiffe hielten Genärrnen die Schau- und Hefenreden ab, sich dem Konzilsaal zu nähern. In dem Maße als die Namen aufgerufen wurden, gab jeder Vater mit lauter Stimme sein Votum ab. Hier die genaue Angabe des Ergebnisses der Abstimmung: Achtundachtzig Väter stimmten mit Non placet, unter Andern die Kardinals Mathieu, Schwarzenberg, Rauscher und die Erzbischöfe von Paris und Grenoble. Dieses Stimmgeben machte gewaltiges Aufsehen. Zweihundertfünfzig Placet wurden bebingungsweise abgegeben. Alle übrigen Stimmen waren bejahend. Es wird Grund vorhanden sein, zur Befestigung der Dissidenten eine andere Versammlung abzuhalten. Dann erst wird das Datum der öffentlichen Sitzung angeht werden können.

Der päpstliche Finanzminister, Mgr. Ferrari, ist am 12. Juli gestorben. Er war 69 Jahre alt.

Rom, 11. Juli. (Köln. Z.) Die Beratungen der abschließenden Plenarsitzungen waren von besonderem Interesse. Es kam zunächst zur Sanktion der ersten zwei Kapitel der Konstitution de Ecclesia Christi, d. h. wie sie aus der letzten Korrektur hervorgingen. Der ursprüngliche Text ist seiner Zeit veröffentlicht worden. Die Aenderung im ersten Canon „de apostolice primatus in beato Petro institutione“ besteht in der Variante „Unitatis principium in quo totius Ecclesiae vis ac soliditas consistit“. Dem zweiten Canon „De perpetuitate primatus Petri in romanis pontificibus“ hat man die Worte „communio jura“ hinzugefügt; 40 Stimmen waren dagegen trotz der bei weitem weniger exklusiven Fassung als früher. Wie Sie wissen, haben sich die Streitenden über die noch folgenden zwei Canones weiterer Debatten begeben, so daß ihr Text unmittelbar an die Deputation de sede gesandt wurde, um noch einige Emendationen beizubringen; zwei Sitzungen reichten dazu hin, sich über die Textabänderungen zu verständigen. Unter den Zufälligkeiten hätte wohl Mancher vor der Votation über den letzten Artikel der Infallibilität den Segnern noch einige Zugeständnisse machen mögen, doch Manning und der Bischof Senefrey von Regensburg sträubten sich mit Hand und Fuß darüber: Aut Caesar aut nihil. Am Dienstag wurde über den dritten Canon „De potestate directa et immediata romani pontificis in ecclesiis episcopales“ zu votiren angefangen. — Es ist die Rede davon, die Bischöfe vor ihrer Abreise durch einen besonderen Akt zu einer solennen professio fidei zu verpflichten. Dinge man damit nicht um, so hätte der Ausbruch der Bischöfe in Masse wohl schon begonnen, da viele die Proklamation des neuen Dogma's gar nicht abwarten möchten, nachdem sie auf alle weitere Kontroversen verzichtet haben. Was aber werden die Bischöfe der Opposition der neuen professio fidei gegenüber thun? Auf den Tag der feierlichen Verkündigung der päpstlichen Unfehlbarkeit werden schon jetzt Vorbereitungen zu geräuschvollen Feiern gemacht. Die Glocken der Thürme und die Kanonen der Engelsburg werden viel zu thun haben. Man hofft, daß alle fremden Gesandten beim Proklamationsakte in der Aula des Konzils gegenwärtig sein werden.

Frankreich.

Paris, 14. Juli. (Köln. Ztg.) Nachdem wir gestern die besten Hoffnungen in einen friedlichen Ausgang des bedauerlichen französisch-preussischen Konflikts gehabt, hat uns der heutige Morgen aus unserem süßen Traume gerissen. Der Kaiser hatte seinen Ministern gestern seinen Entschluß mitgetheilt, den Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern als die von Frankreich gewünschte Genugthuung anzuerkennen. Die heutigen Morgenblätter sprachen sich auch in diesem Sinne aus. Allein die Kriegspartei, die Generale, Marschälle und Senatoren und Mitglieder der Majorität haben sich nach St. Cloud begeben, um dem Kaiser vorzustellen, daß er sich die öffentliche Meinung abwendig mache, wenn er die ihm gebotene vortreffliche Gelegenheit von sich weise. Der Rücktritt des Prinzen von Hohenzollern, der nicht einmal selber unterzeichnet habe, könne nicht als hinreichende Genugthuung angesehen werden. Gramont, welcher mit dieser Partei sympathirt, hat sich vom Kaiser ermächtigen lassen, nach Ems zu telegraphiren und Benedetti aufzufordern, vom Könige irgend eine Erklärung zu erwirken, welche als eine Garantie für die Zukunft erachtet werden könnte. Benedetti sollte dem König auseinandersetzen, daß Frankreichs Regierung nicht von Kriegs- oder Eroberungsgelüsten geleitet werde, daß sie aber dem erwachten Volksgenossen eine Genugthuung zu bieten im Stande sein müsse. Dillier, welcher fürchtete, dieser Schritt werde nicht zum Ziele führen, ersuchte Hr. Dlozaga (gestern Abend), er möge heute zu Hr. v. Werther gehen und ihn ersuchen, vom Könige die Erklärung an Frankreich sich auszubitten, daß ihn der Rücktritt des Fürsten Hohenzollern freue, da derselbe das Unheil eines Krieges befeitige. Dlozaga war im Begriffe, seinen preußi-

schen Kollegen aufzusuchen, als er das Telegramm aus Berlin erhielt, worin angezeigt wird, wie plump Benedetti seiner Aufgabe sich entledigt, und daß der König ihn ein zweites Mal nicht habe empfangen wollen. Ein anderes an die Regierung gerichtetes Telegramm meldete, daß die „Nordd. Allgem. Ztg.“ ebenfalls über die Zurückweisung Benedetti's berichtete. Man stellte jeden weiteren Schritt ein und telegraphirte an Benedetti, um zu erfahren, ob ihm wirklich der „Schimpf“ vom Könige widerfahren sei. Benedetti antwortete bestätigend, was die Weigerung des Königs betrifft, ein zweites Mal über die an ihn gestellte Zumuthung zu sprechen, aber es sei von keiner Weigerung, ihn überhaupt zu empfangen, die Rede gewesen. Er wolle noch einen letzten Versöhnungsversuch machen, habe aber wenig Hoffnung. Der Kaiser, der aus St. Cloud heute nach Paris gekommen ist, und die Marschälle und Minister um sich in den Tuilerien versammelt hat, beschloß, die Kammer mit der Kriegserklärung bekannt zu machen. Hr. v. Gramont war auch in der That um 5 Uhr im Begriff, die Tribune zu besteigen, als eine taubend Chiffirgruppen enthaltende Depesche von Benedetti anlangte. Derselbe wird entziffert, während ich schreibe. Ueber die Unfähigkeit der Minister herrscht nur Eine Stimme. England hat der französischen Regierung erklärt, daß es den Krieg gegen Preußen mit größtem Verorruße sehen würde. Der Kaiser ist sehr verlegen und ängstlich; er fürchtet, Frankreich könne so isolirt dastehen, wie Oesterreich im Jahre 1859.

Die Rüstungen werden mit ungeheurer Eifer fortbetrieben und die Truppenmärsche haben begonnen. In Paris sind bereits viele Truppen aus der Provinz eingetroffen, während einige Regimenter der Garnison von Paris und ein Theil der Artillerie von Vincennes bereits nach dem Osten abgegangen sind. Heute Nacht ging das 61. Regiment (es liegt in Vincennes) mit der Dübahn ab. 1200 Eisenbahnwagen mit Mehl und Zwieback wurden seit Montag nach dem Elsaß befördert. In Mühlhausen bestellte man 100,000 Meter Galicot, die in acht Tagen in Straßburg abgeliefert werden müssen, und 250 Kisten mit chirurgischen Werkzeugen gingen vorgestern nach dem Osten ab. Die sieben Transportschiffe, welche die Truppen aus Algerien abholen sollen, haben, wie es heißt, Doulon bereits verlassen. Was das Lager von Chalons anbelangt, so hat die Verwaltung der Dübahn ihre Anstalten so getroffen, daß sie alle Truppen desselben in 16 Stunden an die Grenze werfen kann. Die Rüstungen in den Seehäfen werden auch mit größtem Eifer fortbetrieben. Es sollen nämlich drei Geschwader gebildet werden, von welchem das eine im Mittelmeer, das andere im Atlantischen Ozean und das dritte in der Ostsee operiren soll. Was die Meinung in Paris anbelangt, so ist dieselbe im Ganzen genommen eine ziemlich kriegerische. Die guten Leute, von denen der größte Theil natürlich ruhig zu Hause bleiben kann, glauben nämlich, daß Preußen nur einen kurzen Widerstand leisten kann, daß dann der Friede dauernd hergestellt und die Geschäfte wieder glänzend gehen werden.

Paris, 15. Juli, Nachmittags 1/2 Uhr. Sitzungen des Senats und des Gesetzb. Körpers vom 15. Juli.

Der Minister des Aeußern, Herzog v. Gramont, erscheint im Senat und verliest dort folgende Erklärung:

„Meine Herren! Die Art und Weise, wie das Land unter Erklärung vom 6. Juli aufnahm, hat uns bestimmt, Unterhandlungen mit Preußen einzuleiten, um der Nechtmäßigkeit unserer Beschwerden Anerkennung zu verschaffen. Wir haben weder auf Spanien, dessen Unabhängigkeit wir nicht kränken wollten, noch auf den Prinzen von Hohenzollern, den wir als durch den König gedeckt ansehen, einen Druck geübt, und wir haben keine andere Beschwerde geltend gemacht. Der preussische Minister des Aeußern gab uns eine zurückweisende Antwort, indem er vorzag, von der Sache nichts zu wissen. Wir haben uns hierauf an den König gewandt, welcher behauptete, daß er der Sache fremd wäre und nur als Familienhaupt an ihr Theil genommen hätte, wobei er aber gestand, daß er Hr. v. Bismarck von der Angelegenheit unterrichtet hätte. Wir konnten dies nicht annehmen und verlangten, daß der König einen Druck auf den Prinzen von Hohenzollern übe. Während dieser Unterhandlungen kam die Berichtigung von derjenigen Seite, von welcher man sie am wenigsten erwartete. Wir verlangten hierauf von dem König, daß er Besprechen für die Zukunft gebe. Ein maßvolles Ansinnen, welches in maßvollem Ausdrücke vorgebracht wurde. Wir erklärten aus, daß wir keine Hintergedanken hätten. Der König weigerte sich dagegen, zu erklären, daß er in Zukunft diese Kandidatur hinstandhalten wolle; vielmehr erklärte er, daß er sich das Recht vorbehalte, nach den Umständen zu handeln. Selbst nach dieser Weigerung brachen wir die Unterhandlungen nicht ab und haben deshalb auch unsere Erklärungen von dieser Tribune verschoben. Gestern erlaubten wir nun, daß der König von Preußen unserem Vorschlag zustimmen ließe, er wolle ihn nicht mehr empfangen, und daß er, um dieses Aufsehen noch größer und empfindlicher zu machen, den Vorfall zur Kenntnis der europäischen Kabinete brachte. Gleichzeitig kündigte er an, daß Hr. v. Werther einen Urlaub nehmen soll und daß die Rüstungen Preußens begonnen haben. Da haben wir denn auch unserselbst gestern sofort die Reserven einberufen und wollen die Maßregeln treffen, welche durch das Interesse und die Ehre des Landes geboten sind.“ (Stürmischer Beifall.)

Präsident Rouber: Der Senat ist mit seinen enthusiastischen Beifallrufen nur der Vorläufer der wahren Gefühle des Landes gewesen. An dem Degen Frankreichs ist es jetzt, seine Pflicht zu thun. (Beifall.) Auf allgemeines Verlangen wird die Sitzung logisch wieder ausgeschrieben.

Im Gesetzb. Körper gab der Sichelbewahrer Dillier die selben Erklärungen ab. Hier wurde die Vorschlag nur von Seiten der Rechten mit stärkerem Beifall aufgenommen. Sodann bringt Hr. E. Dillier als dringlich einen Antrag auf Bewilligung eines Kredits von 50 Millionen ein. Dieser Antrag wird mit allen gegen die Stimmen der Linken angenommen.

Hr. Thiers bittet um das Wort. Er will erklären, warum er nicht mit der Mehrheit gestimmt habe. Wenn man jemals sagen kann, daß die Geschichte auf uns blicke, so ist dies heut der Fall. Wenn der Krieg erklärt sein wird, so werde ich es der Regierung an meiner Un-

terfähigkeit nicht fehlen lassen. Aber bedenken Sie, daß von Ihrer Entscheidung das Schicksal des Landes und das Leben von Hunderttausenden von Menschen abhängt. Erinnern Sie sich an den 6. Mai 1866. Damals haben Sie mich nicht hören wollen. (Murren.) Ich bin entschlossen, Ihrem Murren zu trotzen; aber ich sage Ihnen: Sie sind heute dieselben, die Sie im Jahr 1866 gewesen sind. (Diese Worte sind an die äußerste Rechte gerichtet.) Meine Herren! Die hauptsächlichste Forderung hat Genugthuung erhalten. (Lärm.) Sie werden mich nicht ermüden; denn ich bin mir bewußt, eine ernste Pflicht zu erfüllen, indem ich vor Leidenschaft und Uebereizung warne. (Lärm rechts.) Ich sollte meinen, wenn ein Einziger von Ihnen noch Strudel hätte, so sollte er gebört werden und ich stehe mit meinen Bedenken nicht allein. (Viele Stimmen: Nein! Nein!)

Hr. Jules Favre: Wenn die Wahlen frei gewesen wären, so wäre unsere Zahl jetzt stärker.

Hr. Thiers: Nun denn, ist es wahr oder nicht, daß Ihre Forderung im Grunde zugestanden worden ist? Ist es wahr oder nicht, daß Sie nur wegen einer Frage der Empfindlichkeit gebrochen haben und nun für diese Formfrage Ströme Blutes vergießen wollen? Möge Jeder von uns die Bedeutung seines Votums vor Augen haben! Was mich betrifft, so werde ich aus Sorge für mein Ansehen die Verantwortlichkeit für einen solchen Entschluß nicht übernehmen. Ich verlange Angesichts des Landes, daß man uns die Depeschen mittheile, in Folge deren man diese Kriegserklärung beschloß hat. Wäre ich am Ruder gewesen, so hätte ich es für meine Pflicht gehalten, dem Lande einige Augenblicke der Ueberlegung zu gönnen. Ich halte diesen Krieg für sehr unklug; die Ereignisse von 1866 gingen mir mehr als irgendwem zu Herzen, aber die Gelegenheit, das Uebel wieder gut zu machen, ist ganz kläglich gewählt. Man hat Ihnen eine Genugthuung zugestanden; Preußen war in seinem Unrecht und Europa zwang es, uns Genugthuung zu geben. (Anhaltender Lärm.) Ich bin gewiß, daß Sie eines Tages diese Ueberbürdung bereuen werden. (Lärm.) Beschimpfen Sie mich, ich werde doch meine Pflicht erfüllen. Die Gelegenheit zum Krieg ist schlecht gewählt und dies wird sich rächen. Ich verlange nochmals Mittheilung der Depeschen; möge dann die Kammer thun, was ihr gut scheint.

Minister Dillier: Ich hätte Hr. Thiers' gern achtungsvoll angehört, da es immer ein Beweis von Muth ist, wenn man gegen den Strom schwimmt; aber ich muß gegen einige Worte des Redners protestiren. Wir wissen, daß unsere Verantwortung groß sein wird, Wir haben stets die Leiden, welche ein Krieg mit sich bringt, vor Augen gehabt, und auch wir hätten diejenigen für strafbar, welche das Land in Abenteuer stürzen. Aber wir erklären, daß, wenn jemals ein Krieg notwendig (!) war, so ist es der Krieg, zu welchem uns Preußen zwingt. (!) Niemand von uns suchte nur Gelegenheit zum Krieg oder fragte sich, ob der Augenblick glücklich gewählt sei, Preußen anzugreifen. (!) Aber wir hatten keine Gründe zu verlieren; wenn man uns in der Sache eine Genugthuung zugestanden hätte, so wären wir zufrieden gewesen; aber der König von Preußen weigerte sich beharrlich, ein Besprechen einzugehen. (!) Haben wir uns etwa von der Leidenschaft hinreißen lassen? Keineswegs. Wir unterhandelten noch, als man uns in der Presse ein Ministerium der Feindschaft und Schande nannte, und indessen meldet man Europa, daß man unserem Vorschlag die Thüre geöffnet hätte. (!) Hr. Thiers nennt das Empfindlichkeit; ich nenne es Gegefühl (!) und in Frankreich ist die Ehre das erste aller Güter. Depeschen haben wir nicht weiter vorzulegen; in unserem Exposé ist Alles gesagt. (Unruhe links.)

Jules Favre: Wie zur Zeit Merito's!

Die Sitzung dauert fort. — Hr. Benedetti, welcher heute früh aus Ems eingetroffen, wohnte der Sitzung bei.

Paris, 15. Juli. Gestern Abend zeigten sich an verschiedenen Punkten der Stadt Bänder von je zweis- oder dreihundert jungen Leuten und zogen unter den Rufen: „A bas la Prusse! Vive la guerre! A bas Bismarck! Vive l'Empereur!“ durch die Straßen. Am tollsten war der Charivari am Boulevard des Italiens. Dort pflanzten sich die Schreier, während die Polizei mit verschränkten Armen zusah, auf dem Fahrwege vor dem Passage de l'Opera auf, so daß der Wagenverkehr bald unterbrochen war und der Meerschuttnäuel durch den Zulauf der Neugierigen bald auf mehrere tausend Köpfe anstchwoll. Die Börsenmänner, welche dort des Abends ihr Standquartier haben, theilten sich aus sehr nahe liegenden Gründen in zwei Lager: die Einen verstärkten die kriegerischen Rufe der jungen Leute, während die Andern sie mit allerlei Quodlibets verhöhnten. Lobten z. B. die Charivariisten nach der Melodie des Lampions: A Berlin! A Berlin! so scholl es von der andern Seite in derselben Tonart zurück: Allez-y! Allez-y! Die Demonstranten selbst waren durchgängig Leute von 20 bis 30 Jahren, anfänglich gekleidet, aber übrigens schwer zu definiren: Arbeiter waren es nicht, Studenten ebenfalls kaum (Proteste aus dem lateinischen Viertel liegen bereits öffentlich vor); ihr Ursprung ist um so verächtlicher, als etwa eine halbe Stunde nach ihnen plötzlich in Platern noch ein starker Suffkurs herbeikam, eine Ercheinung, die jeden Gedanken an eine improvisirte und spontane Kundgebung ausschließen muß. Wie Dem auch sei, der „Constitutionnel“ steht nicht an, dieser Demonstration den Charakter einer wahren und achten Kundgebung der Gesinnung des französischen Volks zu vindiciren.

Bemerkenswerth ist, daß die offiziöse Presse mit Spanien schon wieder vollkommen Frieden geschlossen hat. So schreibt der „Constitutionnel“:

Wir glauben, zu wissen, daß der Marschall Prim eine sehr thätige Rolle in den letzten Beratungen des spanischen Kabinetts, und zwar zur Herbeiführung einer friedlichen Lösung des französisch-preussischen Streitfalls gespielt hat. Diese Haltung und die des ganzen Kabinetts gereichen der spanischen Regierung zur größten Ehre. Es ist ferner nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn man den politischen Eifer anerkennt, welchen Hr. Dlozaga in diesen heißen und schwierigen Umständen für die Aufrechterhaltung des Friedens entwickelt hat. Was Spanien betrifft, so sind alle Schwierigkeiten, welche den glücklichen Ausgang der Unterhandlungen in Frage stellen konnten, beseitigt.

Der „Rappel“ veröffentlicht bereits drei Proteste von Studenten der Medizin und der Rechte gegen die Behauptung der officiösen Blätter, daß die kriegerischen Stra-

